

NEINVerrechnungssteuer-
Vorlage

Sonderrechte für Konzerne und Grossanleger?

NEIN Verrechnungssteuer-
Vorlage

Neue Sonderrechte für Konzerne und Grossanleger? NEIN zur Abschaffung der Verrechnungssteuer.

Mit der geplanten Abschaffung der Verrechnungssteuer auf inländischen Obligationen erhalten einige wenige Grosskonzerne neue Sonderrechte. Sie werden begünstigt, wenn sie Geld am Kapitalmarkt besorgen. Gleichzeitig fördert die Abschaffung die Steuerkriminalität von Grossanlegern und Oligarchen. Das führt insgesamt zu Steuer-Ausfällen von jährlich bis zu 800 Millionen Franken. Der Bund schätzt, dass davon rund 500 Millionen ins Ausland abfliessen. Am Schluss müssten einmal mehr die Bürgerinnen und Bürger für diese Kosten aufkommen.

NEIN

Verrechnungssteuer-
Vorlage



Um was geht es?

Nur 200 Konzerne profitieren.



Mit der Abschaffung der Verrechnungssteuer wird die Kapitalbeschaffung von rund 200 Konzernen, deren Finanzierungsgesellschaften und von Banken privilegiert. Nachdem die Schweizer Bevölkerung die Stempelsteuer-Vorlage wuchtig abgelehnt hat, soll nun schon wieder eine kleine Minderheit von 0.03% aller Unternehmen in der Schweiz neue Sonderrechte erhalten. KMU hingegen finanzieren sich nicht über die Ausgabe von Obligationen.

Wer emittiert überhaupt Obligationen und soll neue Sonderrechte erhalten? Im ersten Halbjahr 2022 waren das Schweizer Konzerne wie Roche, Sonova Holding oder auch ABB. Auffallend viele Anleihen betreffen den Immobilien- und Infrastrukturbereich mit HIAG, Zug Estates oder der australische Macquarie Group.

Die Abschaffung fördert die Steuerkriminalität.



Die Steuerausfälle werden kleingeredet.



Ein Grossteil fliesst ins Ausland ab.



Das passt in den grossen Plan: Am Schluss sollen nur noch Lohn, Rente und Konsum besteuert werden.



Ausführliches Argumentarium